Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 33 (1986)

Heft: 12

Artikel: Tschernobyl : ein Ernstfall besonderer Art = Tchernobyl : un accident hors du commun = Cernobyl : un caso d'emergenza particolare

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-367486

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tschernobyl – ein Ernstfall besonderer Art

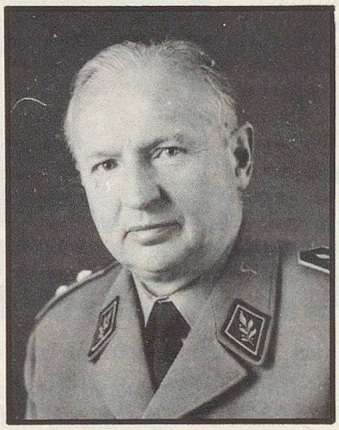
Red. In der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (ASMZ) Nr. 7/8, 1986, veröffentlichte Divisionär Gustav Däniker, Stabschef Operative Schulung in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD, einen Artikel unter dem Titel «Tripoli und Tschernobyl – Schockwellen für unsere Gesamtverteidigung». Darin kommt Divisionär Däniker auch auf die Rolle des Zivilschutzes zu sprechen. Wir drucken hier jene Teile des Artikels ab, die für den Leser der Zeitschrift «Zivilschutz» von besonderem Interesse sein dürften. Wir danken dem Autor und dem Redaktor der ASMZ bestens für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Ein Ernstfall besonderer Art

Was den Unfall im Kraftwerk Tschernobyl von andern Katastrophen unterscheidet, ist, dass er Urängste freisetzte. Die Menschheit, die mit allerhand Unbill leben lernte und den Tod von Tausenden hinnimmt, die der modernen Massengesellschaft, ihren Bedürfnissen und Gewohnheiten zum Opfer fallen, scheint an die Grenze ihrer psychischen Belastbarkeit geraten zu sein. Eine Gefahr, die sich unsichtbar ausbreitet, die Lebensqualität verändert, die zum langfristigen Risiko wird und kommende Generationen zu schädigen droht, wird psychisch schlecht bewältigt. Emotionen verdrängen Versuche rationaler Lagebeurteilung. Letztere werden von manchen mehr zynisch als hilfreich empfunden. Die Verdächtigung, es werde beschwichtigt, um frühere Positionen nicht preisgeben zu müssen, wird kolportiert und geglaubt.
Über Tschernobyl lässt sich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Es geht um mehr als um die Abschätzung von Nutzen und Risiko. Vor dem Terrorismus fürchtet man sich, vor Verstrahlung und ihren Folgen hat man Angst. Furcht kann man aktiv ausschalten, mit der Angst muss man leben. Man wird es tun können. solange man glaubt, dass der im Risiko liegende Rückschlag verkraftbar ist. Diese Art der Bewältigung steht noch aus; uns geht es um damit verknüpfte konkrete Fragen.

Strahlenalarm 1:1

Tschernobyl hat uns erschreckend real vor Augen geführt, woran wir sonst primär im Zusammenhang mit einem Atomkrieg denken. Aufgrund der Doktrinen und Potentiale zur Atomkriegführung gerade in Europa müssen wir uns ja immer wieder auch mit dieser Hauptgefahr befassen. Gesamtverteidigung und Armee haben sich ganz besonders auf diese Kriegsform eingestellt, und unser entsprechendes Verhalten wird in Übungen immer wieder getestet.
Wie aber hat die Schweiz den Ernstfall Tschernobyl bestanden? Sie hat ihn – so darf man feststellen – im ganzen gut gemeistert, auch wenn gewisse Mängel und vor allem eine Anzahl Probleme zu Tage traten, die nicht in ihrer ganzen Schärfe zum voraus erkannt worden waren.
Die Massnahmen waren der Bedrohung angemessen. Weder übertrieben noch zu wenig umfassend. Sie wurden getroffen von einer Organisation, die grundsätzlich richtig konzipiert ist: Eine Kommission von Experten aller Art,



Divisionär G. Däniker

die Kommissionen für AC-Schutz (KAC) mit weitgehenden Kompetenzen, die sich auf eine in ständiger Bereitschaft befindliche Alarmorganisation, die Nationale Alarmzentrale (NAZ), abstützen konnte, die gut funktionierte. Als eigentliches Krisenmanagement war die KAC indessen überfordert, und es ist zu bedauern, dass die hiefür in der Führungsstruktur für ausserordentliche Lagen vorgesehene Organisation nicht zum Tragen kam.
Bewährt hat sich insbesondere der im Rahmen der Gesamtverteidigung aufgestellte koordinierte AC-Schutzdienst. Ohne ein massives Aufgebot von Militärpersonal in seinem Rahmen, insbesondere ohne Aktivierung der AC-Labors, wäre es nicht möglich gewesen, die nötigen Arbeiten zeitgerecht zu verrichten. Die dem Milizsystem innewohnende Möglichkeit, nach Bedarf die für den speziellen Fall nötigen Ressourcen heranziehen zu können, hat sich wieder einmal bewährt.

Wo blieb der Zivilschutz?

Einige Kritiker haben sich zur Behauptung verstiegen, die Konzeption unserer Sicherheitspolitik aus dem Jahre 1973 weise Lücken auf; man habe mit einem «Tschernobyl» offensichtlich nicht gerechnet. Das Gegenteil ist richtig. Ausdrücklich wurden nämlich «grosse Schadenereignisse» als sogenannter «Katastrophenfall» bezeichnet und als eine von sechs strategischen Hauptaufgaben die «Schadenminderung und Sicherstellung des Überlebens» definiert. Die erwähnte Alarmierungs- und Strahlenschutzorganisation wurde in diesem Rahmen entwickelt und ständig verbessert. Eine Reihe von Ausbaumassnahmen waren denn auch im Gange oder standen kurz bevor, als uns der radioaktive Ausfall erreichte. Vieles, so die Anlagen für KAC und NAZ in Bern und Zürich, waren bereits getestet und bereit.
Natürlich sind es vor allem der Zivilschutz und die Luftschutztruppen der Armee, die für den Katastrophenfall bereitgestellt wurden. Sie müssen aber erst einberufen werden und sind damit eigentliche «Elemente zweiter Staffel», die über längere Dauer zur Verfügung stehen. Sie treten vor allem dann in Aktion, wenn wirkliche Gefahren auftauchen, was im Falle Tschernobyl bei aller berechtigten Besorgnis noch nicht der Fall war. Immerhin war es gut zu wissen, dass diese Reserve bereitsteht und dass unsere zahlreichen Schutzräume die Strahlungsgefahr um ein Vielfaches reduziert hätten, wäre sie unverhältnismässig angestiegen. Unsere Nachbarn hatten diesen Rückhalt nicht.
Vielleicht haben sogar einige der eifernden Zivilschutzverweigerer und hilfeversagenden Ärzte, denen manche Medien noch vor kurzem überdimensionierte Beachtung schenkten, ihre Lehren gezogen. Gerade im Falle indirekter Verstrahlung oder wenn der Schaden zwar gross, aber doch limitiert ist, was selbst für einen Atomkrieg angenommen werden kann, werden Vorkehrungen, wie wir sie getroffen haben, Hunderttausenden das Leben retten. Gibt es wohl einen, der den hippokratischen Eid abgelegt hat, der zu behaupten wagte, man hätte den um Tschernobyl Verstrahlten keine ärztliche Hilfe leisten sollen...? Jene «Vereinigung von Ärzten gegen den Atomkrieg», die ihr Ziel unter anderem mit Verzicht auf Hilfsvorbereitungen erreichen will, entlarvt sich jedenfalls – trotz Friedensnobelpreis – einmal mehr als Instrument der einseitigen und vorsätzlichen Panikmacherei im Rahmen einer nur zu bekannten Aufweichungsstrategie.

Schwachstelle Information

Was das Bild der Bewältigung des Schadenfalls Tschernobyl in der Schweiz trübt, ist die Handhabung der Information. Man muss die lautgewor-

denen Kritiken indessen gründlich analysieren. Pauschalvorwürfe an die Adresse der Behörden sind jedenfalls fehl am Platz. Sie haben mit täglichen konzisen Bulletins und Empfehlungen gearbeitet, Sprecher der KAC haben sich jederzeit zur Verfügung gestellt, die schwierige Materie zu erklären, später wurde auch ein Sorgentelefon eingerichtet. Eine Reihe von Faktoren beeinträchtigte dennoch die angestrebte Wirkung.

Faktor Angst: Die Debatte um die Risiken der Kernenergie ist auch bei uns seit Jahren im Gange. Durch Tschernobyl fühlten sich Gegner bestätigt und Befürworter verunsichert. Entsprechend wurden Ängste geweckt und die richtigerweise zurückhaltenden Verlautbarungen der Behörden mit Skepsis aufgenommen. Vertrauen kann eben nicht allein durch Information geschaffen werden. Es stellt sich erst ein, wenn es gelingt, diese Information glaubwürdig und verständlich abzufassen sowie psychologisch richtig abzusichern. Der Psychologe als Anwalt der Gefühle der Bevölkerung im Informatiosstab, militärisch gesprochen der PSA-Offizier, hat leider gefehlt.

Faktor Ausland: Einflüsse der Angst entstanden nicht zuletzt infolge einer kritischeren Beurteilung im Ausland. In der deutschen Schweiz wirkten die zum Teil unverhältnismässigen Reaktionen in der Bundesrepublik als Verunsicherungsfaktor. Mehr als die international unterschiedlichen Messeinheiten beeinträchtigte die schrillere Tonart der Deutschen unsere auf Sachlichkeit ausgerichtete Information. Im Welschland war die Aufregung nicht nur deswegen weniger gross, weil die Strahlung kleiner war, sondern auch, weil das benachbarte Frankreich eine betonte Gelassenheit an den Tag legte.

Faktor Informationsverbreitung: Zahlreiche Medien sowie die Repräsentanten der SRG bei der NAZ haben sich der Lage mit grösstem Verantwortungsbewusstsein angenommen: man orientierte laufend, zog Sachverständige bei. Es gab andere, die dramatisierten. Sie können sich darauf berufen, dass sie die Stimmung des Volkes richtig wiedergaben; aber hätten nicht gerade sie eine wichtigere Aufgabe gehabt, als die da und dort aufkommende Panik noch zu schüren?

Es gibt einen Punkt, an dem der Sensationsjournalismus die Toleranzgrenze klar überschreitet. Er ist dann erreicht, wenn diese Art der Berichterstattung den rapportierten Schaden vertieft und vergrössert. Doch zwingt nicht nur der Boulevardstil zum Nachdenken. Die Gewohnheit vieler Medienschaffender, die schon bei den Agenturen beginnt, keine amtliche Verlautbarung im Wortlaut zu übernehmen, sondern sie auf alle Fälle «zu bearbeiten», meist das Oberste zuunterst zu kehren, vieles überhaupt wegzulassen und womöglich noch eigenes hinzuzufügen, hat in unserem Falle bewirkt, dass die sorgfältig redigierten Bulletins der KAC praktisch nirgends zu lesen beziehungsweise zu hören waren. Nicht einmal die Heimredaktionen gelangten in ihren Besitz! Kein Wunder, dass sich schon bald eine unheilvolle Eskalation abspielte. Die Kommentare der letzteren entstanden aufgrund verstümmelter Meldungen, sie riefen neuen Kommentaren, die wieder kommentiert wurden. Kein Wunder, dass die Kantone und das Parlament den Informationswirrwarr kritisierten.

Vieles ist also auf dem Gebiet der Kriseninformation zu verbessern. Es muss gelingen, die Grauzone zwischen Normalfall und einer Mobilmachung, in der die Abteilung Presse und Funkspruch in Aktion tritt, informatorisch so zu meistern, wie es die Bevölkerung beanspruchen kann: in den Fakten objektiv, in den Kommentaren kritisch, aber mit der Absicht, dienen und erhalten und nicht beunruhigen oder gar niederreissen zu wollen.

Auf gutem Wege

Manche Detailuntersuchung wird noch nötig, manche Korrektur noch anzubringen sein. Aber die Schockwellen der vergangenen Wochen haben immerhin klar offenbart, dass die beiden grell beleuchteten Bedrohungen bei uns zum vornherein erkannt worden waren und dass ihre Bewältigung schon weitgehend vorbereitet ist.

Die Vorbereitung hätte zweifellos besser sein können, wenn die Verantwortlichen für die Gesamtverteidigung nicht ständig personell und finanziell zurückgebunden worden wären; wenn man ihre Bedrohungsszenarien nicht immer wieder belächeln oder gar mit Hinweis auf «viel wichtigere neue Bedrohungen» als überholt bezeichnen würde. Es entbehrt nicht der Ironie, festzustellen, dass die heute schärfsten Kritiker am Stand der Vorbereitungen auf solche Fälle dieselben sind, welche Idee und Ausbau der Gesamtverteidigung vorher am schärfsten bekämpften. Man wird sich daran erinnern, wenn – vermutlich bald – die alte Leier wieder erklingt.

Festzuhalten bleibt, dass ein absoluter Schutz heute nicht mehr möglich ist. Zu vieles entzieht sich unserer Einflussnahme, zu viele Risiken sind der Preis unserer modernen Gesellschaft. Aber der relative Schutz ist nicht minder wichtig. Ihm könnten wir eines Tages alles verdanken: sowohl Freiheit wie Überleben. Auch das ist eine Lehre von Tripoli und Tschernobyl. ▲

Tchernobyl – un accident hors du commun

Dans la «Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift» (ASMZ) N° 7/8 1986, le divisionnaire Gustav Däniker, chef d'état-major de l'instruction opérative du Groupement de l'état-major général du DMF, a publié un article intitulé «Tripoli et Tchernobyl, des ondes de choc pour notre défense générale». Le divisionnaire Däniker y aborde aussi le rôle de la protection civile. Nous reproduisons ci-après les parties de l'article qui présentent un intérêt particulier pour les lecteurs de la revue «Protection civile», tout en remerciant l'auteur et le rédacteur de l'ASMZ d'avoir aimablement autorisé la reproduction de ce texte.

Un accident hors du commun

Ce qui distingue l'accident de la centrale nucléaire de Tchernobyl des autres catastrophes, c'est qu'il a libéré des peurs innées. L'humanité a appris à s'accommoder de toutes sortes d'iniquités et accepte la mort de milliers de personnes, victimes de la société moderne, de ses besoins et de ses habitudes. Cette humanité semble être arrivée à la limite de sa résistance psychique. En effet, il est difficile de maîtriser, affectivement, un danger qui se propage insidieusement, altère la qualité de la vie et devient une menace permanente, même pour les générations futures. Les émotions prennent le pas sur les tentatives d'analyse rationnelle de la situation, tentatives que, d'ailleurs, beaucoup ressentent comme étant plus cyniques qu'efficaces. On colporte et on croit des bruits selon lesquels les faits seraient édulcorés pour ne pas désavouer des prises de position antérieures.

Tchernobyl ne peut pas être banalisé. Il ne convient pas seulement d'évaluer les avantages et les risques présentés. On craint le terrorisme, mais on a peur de la contamination radioactive et de ses suites. On peut sciemment ignorer la crainte; en revanche, on doit vivre avec la peur. C'est possible aussi longtemps qu'il s'agit d'un risque calculable et supportable. Mais de cela, nous ne parlerons pas; il s'agit, pour nous, d'aborder des questions concrètes qui y sont liées.

Alarme radioactivité à l'échelle 1:1

Avec un réalisme effrayant, Tchernobyl a illustré ce qu'évoque en premier lieu, à nos yeux, une guerre atomique. Etant donné les doctrines et les moyens potentiels de la conduite d'une guerre nucléaire qui existent justement en Europe, nous sommes toujours confrontés à ce danger majeur. La défense générale et l'armée sont tout particulièrement axées sur ce genre de guerre; d'ailleurs, des exercices réguliers permettent de tester notre comportement dans une telle situation.

Comment la Suisse a-t-elle surmonté cet accident de Tchernobyl? Ainsi qu'on peut en juger, elle s'en est bien tirée dans l'ensemble, même si quelques lacunes et surtout une série de problèmes sont apparus, qui n'avaient pas été décelés au préalable dans toute leur acuité.

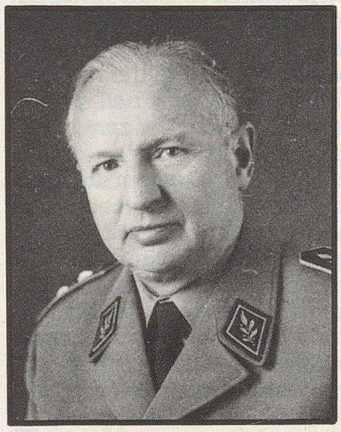
Ni excessives, ni lacunaires, les mesures étaient appropriées à la menace. Elles ont été prises par une organisation qui est en principe bien conçue, à savoir par une commision réunissant des experts de divers domaines, la Commission fédérale pour la protection atomique et chimique (COPAC). Dotée de larges compétences, elle a pu s'appuyer sur une organisation d'alarme disponible en permanence, la Centrale nationale d'alarme (CENAL), qui a très bien fonctionné. En tant qu'organe de conduite chargé de faire face à une situation de crise, la COPAC a été en revanche dépassée par les événements; il est regrettable que l'organisation expressément prévue dans les structures de conduite, pour les situations extraordinaires, ne soit pas intervenue.

Un organe qui, notamment, a fait ses preuves est le service de protection AC coordonné, instauré dans le cadre de la défense générale. Sans une mise sur pied massive du personnel militaire, et surtout sans une intensification des activités du laboratoire AC, il n'aurait pas été possible d'exécuter à temps les travaux utiles. Une fois de plus, la faculté inhérente au système de milice a fait ses preuves, faculté consistant à faire appel aux ressources nécessaires selon les besoins et la situation.

Où était la protection civile?

Quelques critiques prétendent que la conception 1973 de notre politique de sécurité présenterait des lacunes; on n'aurait manifestement pas compté avec un «Tchernobyl». C'est le contraire qui est vrai! Expressément en effet, le «cas de catastrophe» correspond à des «dégâts importants», tandis que «l'atténuation des dégâts et la sauvegarde de la survie» constituent l'une des six principales tâches en matière de stratégie. L'organisation déjà mentionnée d'alarme et de protection contre les radiations a été développée dans cet esprit et constamment améliorée. Toute une série de mesures étaient en cours ou sur le point de l'être lorsque les retombées radioactives nous atteignirent. Maints dispositifs, comme par exemple les installations de la COPAC et de la CENAL à Berne et à Zurich, étaient déjà testés et prêts à fonctionner.

Bien entendu, ce sont avant tout la protection civile et les troupes de protection aérienne de l'armée qui ont été préparées pour les cas de catastrophes. Cependant, ces deux institutions doivent d'abord être mises sur pied, si bien qu'elles constituent des «éléments de second échelon», pouvant être engagés pendant une période prolongée. Elles entrent surtout en action lorsque des dangers réels surgissent, ce qui, dans l'accident de Tchernobyl, n'était pas encore le cas, en dépit de toutes les inquiétudes justifiées qu'il suscita. De toute façon, il était bon de savoir que cette réserve existait et que nos nombreux abris auraient réduit d'un multiple le danger de contamination radioactive, si celle-ci s'était montrée alarmante. Nos voisins ne disposaient pas d'une telle couverture.



Divisionnaire G. Däniker

Peut-être même que parmi les ardents réfractaires à la protection civile et les médecins qui refusent d'aider – auxquels, voici peu de temps encore, certains média accordaient une audience disproportionnée –, quelques-uns auront tiré les leçons des événements. Des mesures comme celles que nous avons prises peuvent sauver des centaines de milliers de vies, justement en cas de retombées radioactives indirectes ou de dommages étendus, certes, mais tout de même limités, – hypothèse acceptable même en cas de guerre nucléaire. Parmi ceux qui ont prêté le serment d'Hippocrate, qui oserait dire qu'on n'aurait pas dû dispenser de soins médicaux aux personnes irradiées à Tchernobyl et dans ses environs? L'association des «médecins pour la prévention de la guerre nucléaire», qui veut parvenir à son but notamment en renonçant à tous préparatifs de protection, se révèle, une fois de plus, être l'instrument d'une propagation unilatérale et intentionnelle de la panique, une stratégie de sape par trop connue. Et aucun Prix Nobel de la paix n'y changera quoi que ce soit!

Un point faible, l'information

Ce qui est critiquable dans la manière dont la Suisse a maîtrisé le sinistre de Tchernobyl, c'est le chapitre de l'information. Il convient néanmoins d'analyser minutieusement les critiques émises. En tout cas, des reproches globaux à l'adresse des autorités sont injustifiés. Celles-ci ont diffusé tous les jours des bulletins et des recommandations concis; des porte-parole de la COPAC étaient prêts en tout temps à expliquer la matière compliquée; plus tard, un service d'information téléphonique fut mis en place. Cependant, toute une série de facteurs nuisit à l'effet escompté.

Le facteur peur: Chez nous aussi, les discussions sur les risques de l'énergie nucléaire sont en cours depuis des années. Tchernobyl a conforté les adversaires et ébranlé les partisans du nucléaire. Dès lors, des craintes ont été éveillées et les communications des autorités, empreintes avec raison de retenue, furent accueillies avec scepticisme. L'information à elle seule ne suffit en effet pas à créer la confiance. Ce mécanisme ne s'enclenche que si l'on réussit à rendre cette information crédible et compréhensible, tout en la présentant d'une manière psychologiquement judicieuse. Or, il manquait malheureusement un psychologue qui se serait fait l'avocat des sentiments de la population auprès de l'état-major d'information, autrement dit, en langage militaire, un officier de la défense psychologique.

Le facteur pays étrangers: Les incidences de la peur ont aussi été provoquées par une appréciation plus critique des choses à l'étranger. Les réactions partiellement disproportionnées en République fédérale d'Allemagne ont constitué, en Suisse alémanique, un élément favorisant un climat d'insécurité. Davantage que les unités de mesure qui divergent d'un pays à l'autre, c'est le ton quelque peu dramatique adopté par les Allemands qui a nui à notre information axée sur les faits. En Suisse romande, l'émoi a été moins grand non seulement parce que la radiation avait été plus faible, mais aussi parce que la France voisine affichait une sérénité marquée.

Le facteur diffusion de l'information: De nombreux média ainsi que les représentants de la SSR auprès de la CENAL ont assumé leurs responsabilités avec un très grand sérieux: on informait au fur et à mesure, tout en faisant appel à des spécialistes. Certes, il y en eu d'autres qui dramatisaient. Ils invoquent qu'ils ne faisaient que refléter l'opinion publique. Mais n'auraient-ils pas eu de tâches plus importantes que d'attiser la panique naissante?

Il y a une circonstance où le journalisme à sensation dépasse nettement la

mesure, à savoir lorsque des comptes rendus aggravent ou amplifient les dégâts. Mais cette presse-là n'est pas seule en cause. Il existe chez nombre de média, à commencer par les agences d'information, l'habitude de ne pas reproduire textuellement les communiqués officiels mais de les «retravailler» dans tous les cas, de mettre le plus souvent en évidence ce qui devait être minimisé, d'omettre des parties entières, voire d'ajouter des passages de leur cru. Le résultat en est que les bulletins soigneusement rédigés de la COPAC n'ont pratiquement pas été diffusés, ni dans la presse ni sur les ondes. Les rédactions elles-mêmes n'entraient pas en possession de ces bulletins! Rien d'étonnant à ce qu'il s'ensuivit rapidement une surenchère malsaine de nouvelles. Des comptes rendus étaient rédigés sur la base de messages tronqués; ils appelaient de nouvelles explications qui, à leur tour, étaient commentées. Nul ne s'étonnera donc que les cantons et le Parlement aient critiqué cette information chaotique.
On peut donc améliorer encore beaucoup l'information en temps de crise. Il faut que durant la période floue séparant le cas normal d'une mobilisation, période au cours de laquelle interviendrait la Division presse et radio, on parvienne à maîtriser l'information dans le sens qu'est en droit d'exiger la population, soit de l'objectivité dans les faits et du sens critique dans les commentaires. Il s'agit de servir et de conserver et non d'inquiéter ou même de démolir.

Sur la bonne voie
Il faudra encore se pencher sur bien des détails, procéder à maintes corrections. Mais les remous des semaines passées ont tout de même clairement mis en évidence que, chez nous, la menace a été identifiée d'emblée et que nos préparatifs en vue de sa maîtrise étaient déjà poussés.
La préparation, sans nul doute, aurait pu être meilleure, si les responsables de la défense générale n'avaient pas constamment été bridés sur le plan du personnel et des finances et si l'on n'avait pas toujours souri à leurs scénarios de menace, voire fait allusion à de «nouvelles menaces beaucoup plus importantes» en qualifiant ces scénarios de dépassés. L'observateur le remarquera: paradoxalement, ceux qui critiquent aujourd'hui le plus acerbement les préparatifs destinés à faire face à de tels sinistres sont ceux-là mêmes qui combattaient auparavant le plus violemment le principe et le développement de la défense générale. Sachons nous en souvenir lorsque – ce qui ne saurait tarder – les vieilles rengaines se feront réentendre.
Il reste à constater qu'une protection absolue n'est plus possible à l'heure actuelle. Trop de facteurs échappent à notre influence, trop de risques sont le prix de notre société moderne. Mais la protection relative n'est pas moins importante. C'est à elle que nous serons peut-être un jour redevables de tout: de notre liberté et de notre survie. Voilà l'une des leçons que nous enseigne Tchernobyl. ▲

Cernobyl – un caso d'emergenza particolare

Nella «Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift» (ASZM) n. 7/8 1986, il divisionario Gustav Däniker, capo di stato maggiore dell'istruzione operativa nell'Aggruppamento dello stato maggiore generale del DMF, ha pubblicato un articolo dal titolo «Tripoli e Cernobyl – eventi che hanno avuto l'effetto di uno choc per la nostra difesa integrata». In quest'articolo il divisionario Däniker parla anche della funzione della protezione civile. Pubblichiamo qui quella parte dell'articolo che dovrebbe interessare i lettori della rivista *Protezione civile*. Ringraziamo l'autore e il redattore dell'ASMZ per averci cortesemente concesso il permesso di stampa.

Un caso d'emergenza particolare
Ciò che distingue l'incidente avvenuto nella centrale nucleare di Cernobyl da altre catastrofi è il fatto che questo evento ha scatenato delle paure primordiali. L'umanità, che finora ha sopportato ogni tipo di ingiustizia e che accetta continuamente la morte di migliaia di persone, vittime spesso della moderna società di massa, delle sue necessità e delle sue abitudini, sembra aver raggiunto il limite massimo di sopportazione psichica. È difficile fronteggiare moralmente un pericolo che si espande in modo invisibile, che modifica la qualità della vita, che rappresenta un rischio a lunga scadenza e che minaccia di danneggiare le generazioni future. Le emozioni si sostituiscono ai tentativi di valutare razionalmente la situazione, considerati da molti come atteggiamenti cinici e controproducenti. Si fa strada il sospetto che si cerchi di calmare le acque per non dover abbandonare posizioni difese precedentemente.
Non si può sorvolare facilmente su un fatto come Cernobyl. Non si tratta soltanto di calcolare l'utilità e il rischio dell'energia nucleare. Il terrorismo, per esempio, è un fenomeno che si teme, di cui si ha paura, ma resta un fatto tangibile, mentre, nel caso della contaminazione radioattiva, si è di fronte a una paura viscerale. La prima forma di paura può essere eliminata attivamente, con la seconda bisogna vivere. Un rischio del genere si potrà tollerare finché i contraccolpi sono ancora sopportabili. Questo modo di affrontare le catastrofi non è ancora attuale da noi; per il momento, ci occupiamo invece dei problemi concreti che una situazione come quella di Cernobyl ha messo in luce.

L'allarme radioattività effettiva
L'incidente di Cernobyl ci ha indicato in maniera spaventosamente reale che cosa pensiamo veramente di una guerra atomica. Se teniamo presenti le dottrine e il potenziale di armi belliche stazionate in Europa, ci vediamo sempre più confrontati con questo grave pericolo. La difesa integrata e l'esercito si preparano in modo del tutto particolare a questo genere di guerra e il nostro comportamento in una tale situazione viene continuamente messo alla prova in diversi esercizi.
Ma come ha affrontato la Svizzera il caso d'emergenza Cernobyl? Tutto sommato bene, si può dire, anche se sono emersi diversi problemi che prima non si potevano individuare con precisione.
Le misure adottate erano adeguate alla minaccia, non erano né esagerate né troppo limitate. Queste misure sono state prese da un'organizzazione che è, senza dubbio, animata da giusti principi: formata da diversi esperti, la Commissione concernente la protezione AC (COPAC), possiede ampie competenze e ha potuto contare su un'organizzazione d'allarme in stato di prontezza permanente, la Centrale nazionale d'allarme (CENAL), la quale ha funzionato bene. Come istanza di condotta in caso di crisi, la COPAC non è stata all'altezza della situazione e purtroppo la struttura creata per le situazioni straordinarie non è riuscita a svolgere al meglio la sua funzione.
Il servizio coordinato di protezione AC, organizzato nel quadro della difesa integrata, ha dimostrato la sua efficienza. Se non ci fosse stata una chiamata di vaste proporzioni e soprattutto se non fossero stati chiamati in causa i laboratori AC, sarebbe stato impossibile svolgere tempestivamente tutti i lavori necessari. Ancora una volta si è avuta la prova dell'efficacia del sistema militare di milizia che, quando è necessario, permette di attivare tutte le risorse indispensabili a seconda delle necessità.

Qual è stato il ruolo della protezione civile?
Alcune voci critiche hanno sostenuto che la concezione della nostra politica di sicurezza del 1973 contenga diverse lacune, dimostrate dal fatto che un evento come quello di Cernobyl non era stato previsto. In realtà, è vero il contrario. Nella «Concezione della difesa» sono definiti «casi di catastrofe» i cosiddetti «danni importanti» e uno dei sei compiti principali della strategia è costituito dallo sforzo di limitare i danni importanti e di garantire la sopravvivenza. In questo contesto è stata costantemente migliorata l'organizzazione d'allarme e di protezione dalla contaminazione radioattiva. Nel momento in cui siamo stati raggiunti dalla ricaduta radioattiva erano già in atto o in fase di elaborazione, una serie di misure tendenti a migliorare tutto il sistema. Molti impianti, come quelli per la COPAC e la CENAL a Berna e a Zurigo, erano già stati sottoposti a controlli e pronti per il funzionamento.
Naturalmente erano soprattutto la protezione civile e le truppe di protezione aerea dell'esercito che dovevano essere apprestate per il caso di catastrofe. Queste devono però prima essere convocate e sono quindi cosidetti «elementi di un secondo scaglione» che restano a disposizione per un periodo di tempo prolungato. Esse entrano in azione quando si presentano dei veri pericoli, il che non si poteva dire per il caso di Cernobyl, anche se una certa preoccupazione era comprensibile e giustificata. In ogni caso era importante sapere che questa riserva era pronta e che i nostri numerosi rifugi avrebbero potuto ridurre di molto il pericolo di contaminazione radioattiva se questa fosse salita a livelli più elevati. I paesi confinanti con il nostro non hanno potuto contare su questo appoggio.
Forse anche qualcuna di quelle persone che oppongono un deciso rifiuto al servizio di protezione civile o qualcuno di quei medici che rifiuterebbero di prestare soccorsi, quelle persone insomma che sono state anche troppo al centro dell'attenzione di molti mezzi d'informazione, sapranno trarre degli insegnamenti dalla lezione di Cernobyl. Proprio nel caso di una contaminazione indiretta e quando il danno è di vaste dimensioni, ma pur sempre limitato (il che potrebbe valere anche per una guerra atomica), misure preventive come quelle da noi adottate potranno salvare centinaia di migliaia di vite umane. C'è forse qualche medico che osi affermare che non si doveva portare aiuto alle persone contaminate della zona di Cernobyl...? Quell'Associazione dei medici contro la guerra nucleare» che, tra l'altro, vuole raggiungere il suo scopo rinunciando ai preparativi di soccorso, si rivela comunque – malgrado il Premio Nobel per la pace – sempre più lo strumento di una campagna di parte premeditata e inserita nel contesto di una strategia già ben nota destinata a creare il panico e a infiltrarsi nelle strutture degli stati democratici.

L'informazione come punto debole
L'aspetto che è stato al centro delle maggiori critiche nel modo in cui la Svizzera ha affrontato l'evento di Cernobyl, è stato certamente quello dell'informazione. È invece necessario analizzare precisamente le critiche che sono state avanzate. Non è giusto fare delle critiche superficiali alle autorità che hanno informato ogni giorno con comunicati precisi e hanno dato dei consigli utili. Anche i portavoce della COPAC sono stati sempre a disposizione per spiegare la difficile materia e in un secondo momento è stato creato un apposito servizio telefonico per le domande del pubblico. Diversi fattori hanno però avuto un effetto negativo sull'opinione pubblica.
Il fattore paura: la discussione sui rischi dell'energia nucleare è già in atto da tempo. L'incidente di Cernobyl ha rafforzato la posizione degli oppositori, mentre ha indebolito quella dei fautori e ha suscitato paure al punto che le comunicazioni ufficiali delle autorità, giustamente riservate, sono state accolte con scetticismo. In effetti, la sola informazione non basta a creare un clima di fiducia. Questo si può ottenere soltanto con un'informazione credibile, formulata in maniera comprensibile a tutti e sorretta da principi psicologici.
Purtroppo nello stato maggiore d'informazione è mancato lo psicologo che potesse rappresentare i sentimenti della popolazione, è mancato cioè l'ufficiale di DPS.
Il fattore estero: una certa paura è nata anche dalla valutazione più critica degli eventi che si è constatata all'estero. Nella Svizzera tedesca, per esempio, le reazioni in parte eccessive della Germania occidentale hanno costituito un importante fattore di insicurezza. Più che le unità di misura, diverse da un paese all'altro, è stato il tono acuto dei tedeschi che ha pregiudicato la nostra informazione, la quale, di per sé, tende alla massima obiettività. Nella Svizzera francese, l'inquietudine è stata molto minore non soltanto perché la contaminazione era inferiore, ma anche perché la vicina Francia ha affrontato la situazione con molta calma.
Il fattore diffusione delle informazioni; numerosi mezzi d'informazione e i rappresentanti della SSR presso la CENAL hanno svolto la loro opera con il più grande senso di responsabilità e hanno informato continuamente, chiedendo anche il parere di diversi esperti. Altri hanno invece drammatizzato la situazione e possono forse dire di aver ripreso l'atmosfera di ansia che serpeggiava tra la popolazione. Ma non avrebbero dovuto svolgere invece un compito ben più importante anziché formentare il panico già sorto qua e là?
C'è un punto in cui la stampa scandalistica oltrepassa chiaramente il limite di tolleranza e questo punto è raggiunto quando l'informazione data dai giornalisti esagera la portata reale dei danni. E non è soltanto la stampa scandalistica a far uso di questi sistemi. Molti giornalisti, a cominciare dalle agenzie di stampa, hanno l'abitudine di non riprendere le comunicazioni ufficiali così come sono, ma di «rielaborarle», di mettere tutto sottosopra, di tralasciare parecchie cose e possibilmente di aggiungerne altre. Nel nostro caso, questo modo di fare ha fatto sì che i comunicati accuratamente redatti dalla COPAC non si potevano leggere nè ascoltare in nessuno dei mass-media. Neppure le redazioni dei diversi giornali li ricevevano! A questo punto non c'è da meravigliarsi del fatto che le cose abbiano preso una piega imprevista. I comunicati delle redazioni si sono basati su notizie alquanto rimaneggiate, hanno provocato nuovi commenti che, a loro volta, sono stati di nuovo commentati. E non c'è neanche da meravigliarsi che i cantoni e il Parlamento abbiano criticato la confusione nel settore dell'informazione. Sarà necessario migliorare molte cose nel settore dell'informazione in casi di crisi. Nella «zona grigia» che va dal caso normale alla mobilitazione (momento in cui interviene la Divisione stampa e radio), si deve riuscire a gestire l'informazione così come esige la popolazione: l'informazione dovrà essere obiettiva nell'esposizione dei fatti, critica nei commenti e con l'intenzione di servire e di dare un appoggio e non di preoccupare o di abbattere.

Sulla buona strada
Saranno necessarie ulteriori verifiche e modifiche. Ma lo choc provocato dagli eventi dei mesi scorsi ha mostrato chiaramente che siamo stati in grado di riconoscere in anticipo queste due minaccie (Tripoli e Cernobyl) e siamo senz'altro già preparati a fronteggiarle.
Senza dubbio, la preparazione sarebbe stata migliore se i responsabili della difesa non fossero stati costantemente limitati sul piano del personale e su quello delle finanze e se gli scenari della minaccia da loro presentati non fossero stati sempre definiti ridicoli o addirittura superati in rapporto alle cosiddette «nuove e ben più gravi minacce». Dobbiamo constatare non senza ironia che coloro che oggi criticano nel modo più aspro la preparazione a questi eventi sono gli stessi che prima hanno criticato aspramente l'idea e l'organizzazione della difesa integrata. E di questo fatto ci ricorderemo ancora quando ritorneranno sullo stesso tema.
Vorremmo ribadire che la protezione assoluta oggi non è più possibile. Ci sono troppi fattori che si sottraggono alla nostra influenza, troppi rischi sono il prezzo della società moderna. Ma anche questo è uno degli insegnamenti che possiamo trarre da Tripoli e da Cernobyl. ▲